

Digitale Verwaltung braucht digitaltaugliches Recht

Der modulare Einkommensbegriff

20. eGovernment-Wettbewerb

Kategorie: Bestes OZG- oder
Registermodernisierungsprojekt

I. Im Überblick

VIRTUELL aus der Landesvertretung Hamburg in Berlin

29. Juni 2021

BEGRÜSSUNG



EINKOMMEN digitaltauglich definieren



DIGITALE VERWALTUNG braucht digitaltaugliches Recht

Der modulare Einkommensbegriff

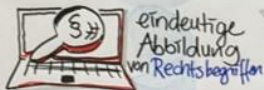


Nutzerorientierung im Vordergrund

DIGITALISIERUNG voranbringen



Registernmodernisierung erleichtert OZG



eindeutige Abbildung von Rechtsbegriffen

Initiative zur **UMSETZUNG**

TALK-RUNDE



Ein Schritt zur serviceorientierten Verwaltung

EINGANGS-STATEMENT



Digitalisierung der Verwaltung grundlegend **NEU DENKEN**



GENEINSAME SPRACHE verfahrensübergreifend



moderne nutzerorientierte digitale Verwaltung

Modularisierung Baukasten-Prinzip

DIGITALTAUGLICH

PASSGENAUER Abgleich von Recht & Technik



Digitaltauglichkeit als **REGIERUNGSPRINZIP** verankern

ONCE ONLY



Harmonisierung

unterschiedliche Definitionen von Einkommen **HISTORISCH** gewachsen

FACHLICHKEIT & TECHNIK zusammenbringen

ERLEICHTERUNG & EFFIZIENZ

Vollharmonisierung ist nicht das Ziel



Was ist der Mehrwert des Projekts?

Bewusstsein: Digitale Verwaltung braucht digitaltaugliches Recht

Matching von Recht und Technik

Individualität bei größtmöglicher Standardisierung

Semantische Interoperabilität

**Verfahrensübergreifender Datenaustausch
zwischen dezentralen Registern und Fachverfahren**

Datenaustausch und „Once-Only“-Prinzip mit (mehr) Leben füllen

Verfahrensübergreifender
Datenaustausch

„Once-Only“-Prinzip

Onlinezugangsgesetz

Referenzierbarkeit von Daten

Digitale-Familienleistungen-Gesetz

Datenfelder

E-Government-Gesetz

Stufe 3 und 4 des OZG-Reifegradmodells

Registermodernisierungsgesetz

Vernetzung dezentraler
Register und Fachverfahren

Validierung von Daten

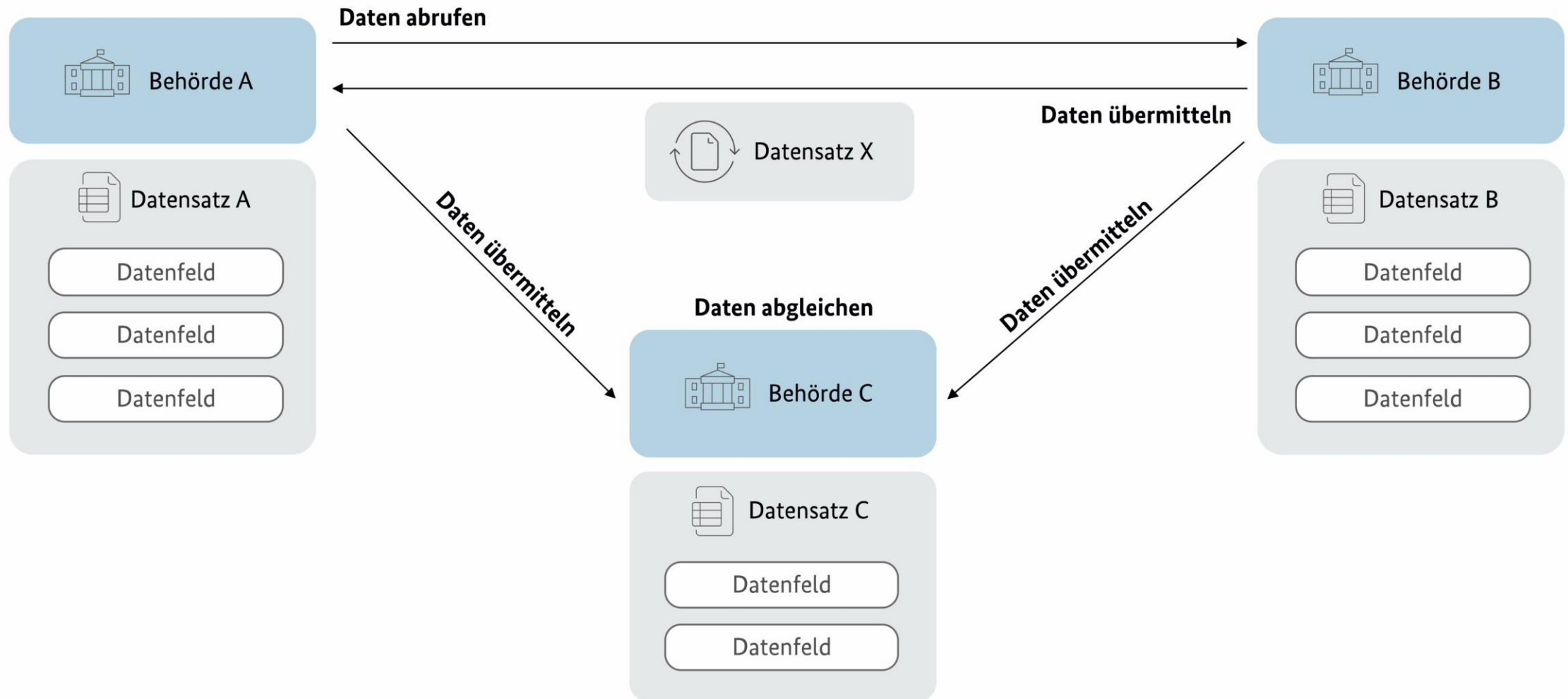
Unternehmensbasisdatenregistergesetz

Data Driven Government

Single-Digital-Gateway-Verordnung

Back-End-Verfahren

Datenaustauschverfahren zwischen dezentralen Registern und Fachverfahren



Der Bausteinkasten für Rechtsbegriffe

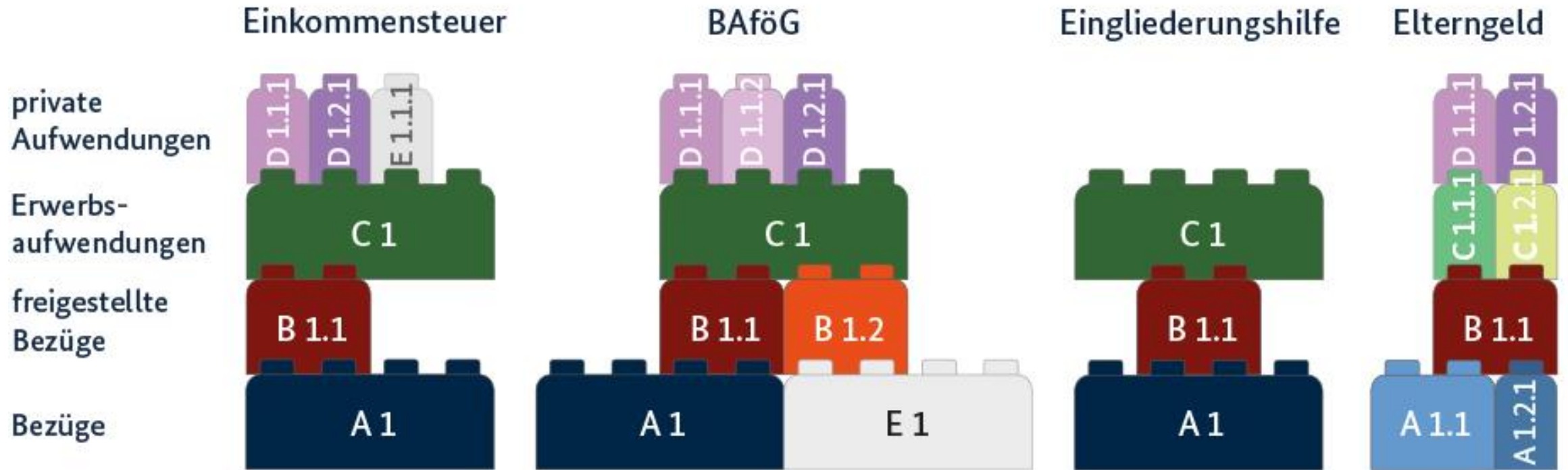
Bausteinkasten für Rechtsbegriffe



Eigene Darstellung

„Rechtsbegriffs-Türme“

Rechtsbegriffs-Türme



Eigene Darstellung

Was ist das Besondere am Projekt?

„Dream“-Team:

Fachreferenten + Digitalisierungsexperten + Nutzer

Verwaltung + Wissenschaft + Wirtschaft

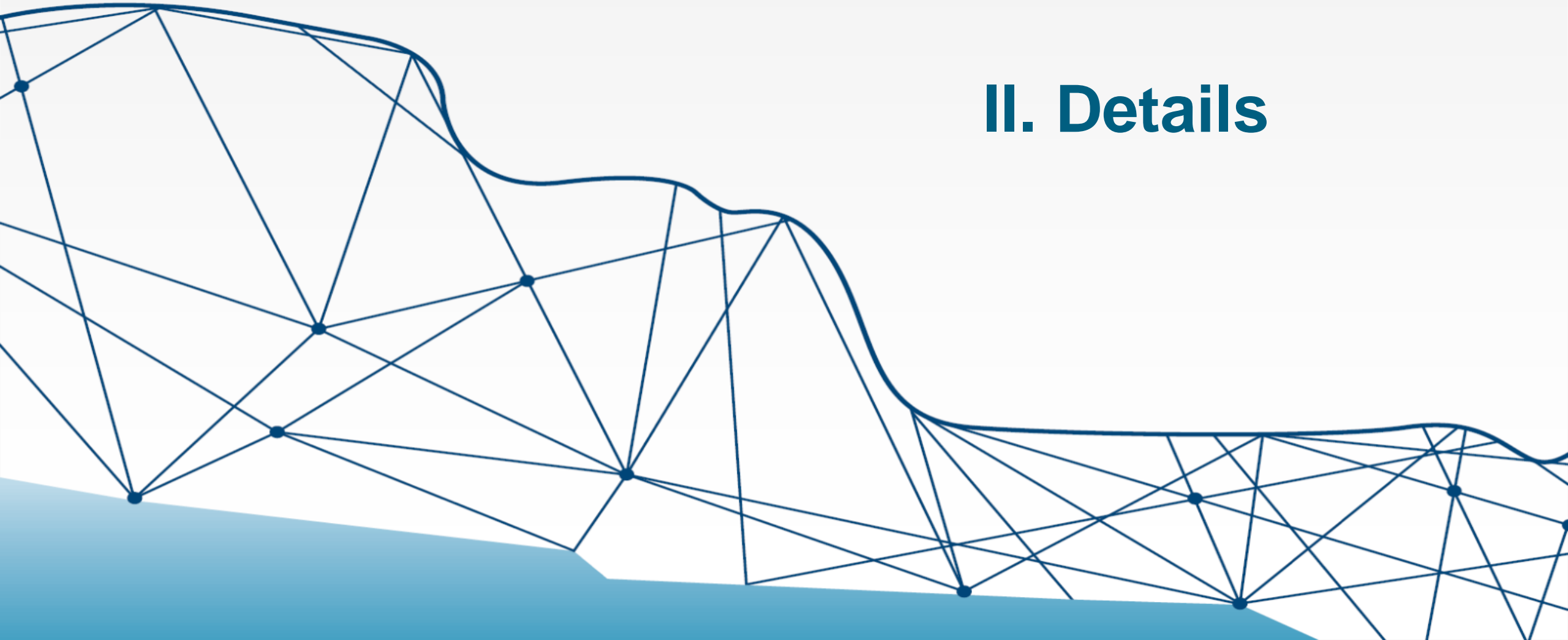
Bund + Länder + Kommunen

Arbeitsgruppen, Arbeitgeber

Juristen + IT-/ Organisations-Experten

Interdisziplinäres Arbeiten

II. Details



Herausforderung:

**Verfahrensübergreifend uneinheitlich
definierte / verwendete Rechtsbegriffe**



Begriffsdefinition Kind



Begriffsdefinition „Kind“

Jugendschutzgesetz (JuSchG)

Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)

bis 14 Jahre

Jugend-
arbeitsschutzgesetz (JArbSchG)

bis 15 Jahre

Abweichung
im Sozialgesetzbuch
Kinder- und Jugendhilfe
(SGB VIII)

bis 18 Jahre

Kinderzuschlag (BKGG)

Kindergeld
unter speziellen
Voraussetzungen
(BKGG, EStG)

Sozialgesetzbuch
Grundsicherung für
Arbeitssuchende
(SGB II)

bis 25 Jahre

Begriffsdefinition Wohnsitz



Begriffsdefinition „Wohnsitz“

§ Steuerrecht

§ 8 AO

§ Sozialrecht

§ 30 III SGB I

Wohnsitz

Wohnung

z. B. Mitbenutzung von Bad, Toilette und Küche in fremder Wohnung ausreichend

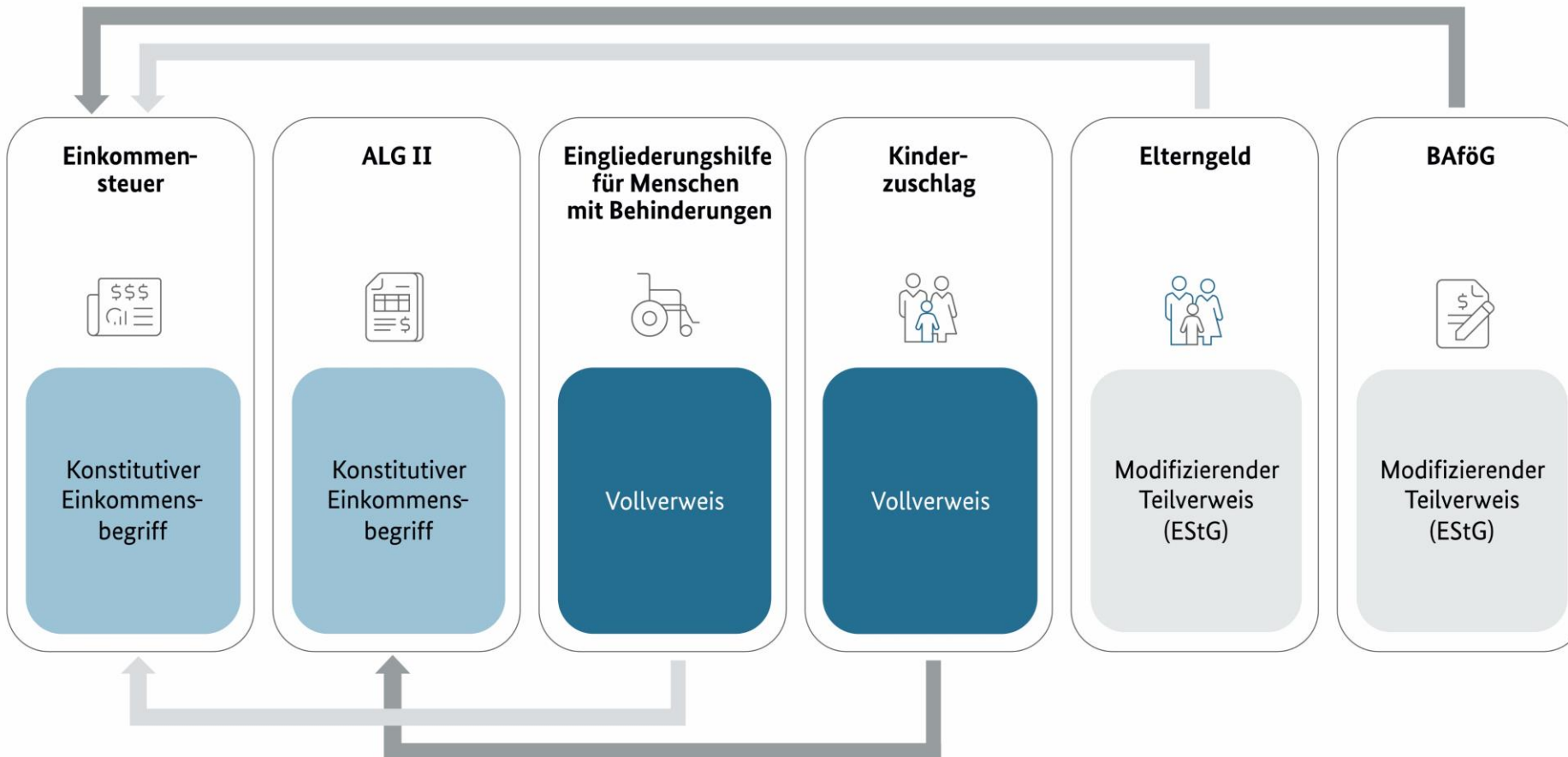
Wortlautidentischer Gesetzestext:

„Einen Wohnsitz hat jemand dort, wo er eine Wohnung unter Umständen innehat, die darauf schließen lassen, dass er die Wohnung beibehalten und benutzen wird.“

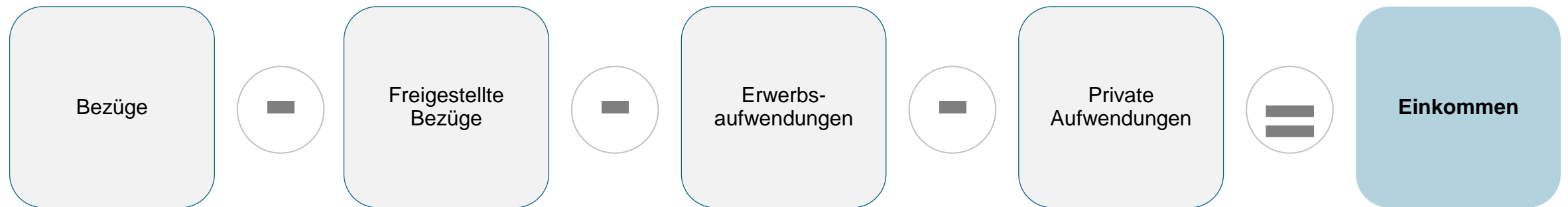
Wohnung

Führung eines eigenständigen Haushalts mit eigenen sanitären Einrichtungen

Überblick der Begriffsbestimmungen „Einkommen“

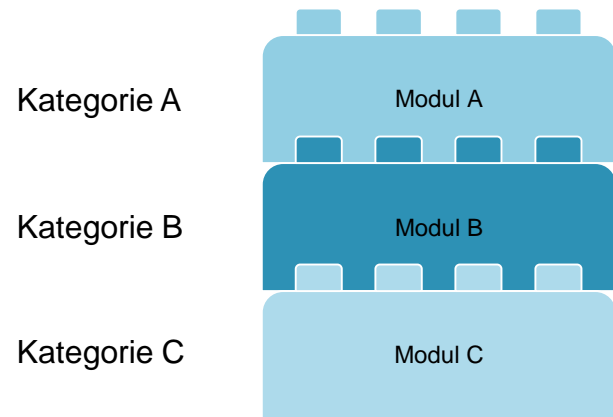


Elemente des Einkommensbegriffs

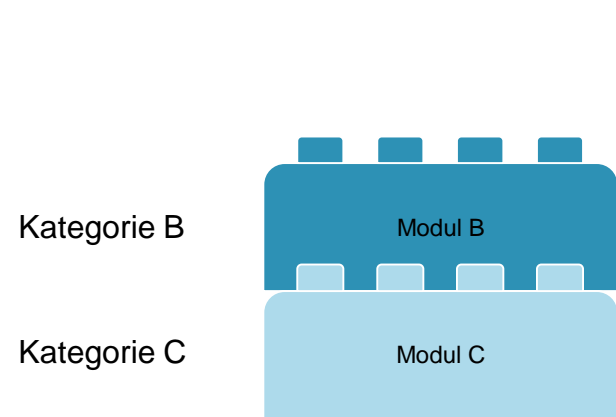


Kategorisierung der gesetzlich verwendeten Einkommensbegriffe

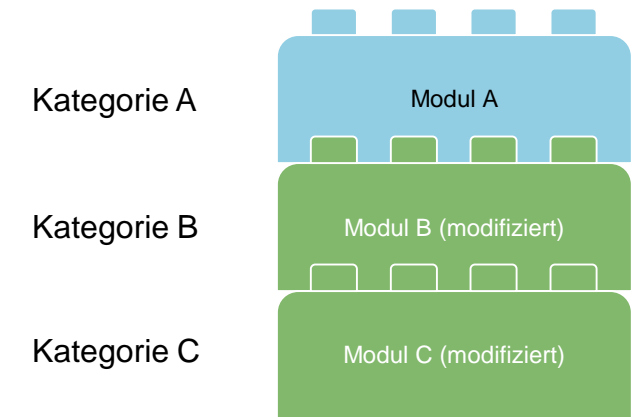
Konstitutiver Einkommensbegriff



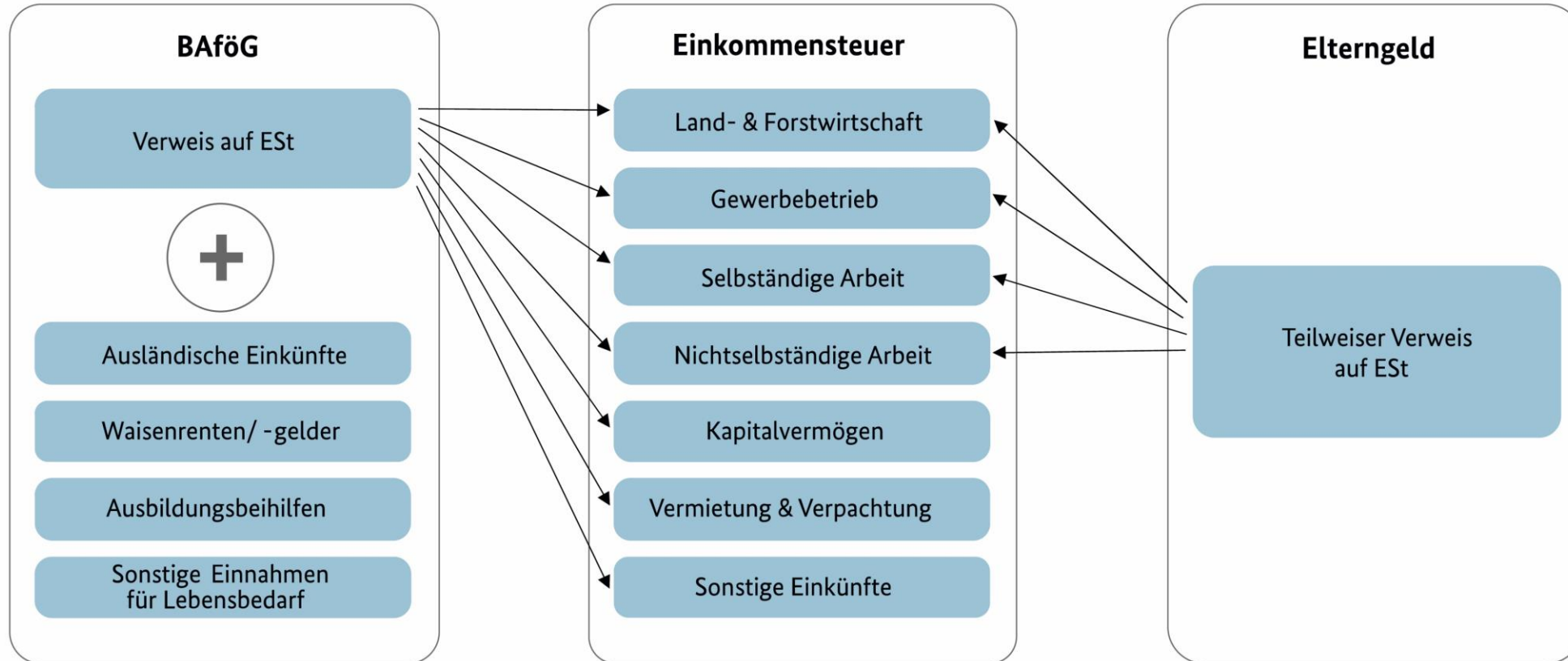
Vollverweisung



Modifizierender Teilverweis



Modifizierung der EStG-Bezüge für Elterngeld und BAföG



Einkommen: Gegenüberstellung von zu berücksichtigenden Aufwendungen

	Est	ALG II	Kinderzuschlag	Elterngeld	BAföG	Eingliederungshilfe
Gezahlte Steuern						
Kirchensteuer	+	+	+	+	+	-
Einkommensteuer/ Solidaritätszuschlag		+	+	+	+	-
Gewerbesteuer	- ⁵⁵	+	+	-	+	-
Aufwendungen für sich selbst						
Vorsorgeaufwendungen	+	+	+	+	+	-
Eigene Ausbildung	+	-	-	-	-	-
Außergewöhnliche Belastungen	+	-	-	-	-	-
Aufwendungen für andere Personen						
Kinderbetreuungskosten	+	-	-	-	-	-
Schulgeld	+	-	-	-	-	-
Unterhalt getrennter Ehegatte	+	+	+	-	-	-
Kindunterhalt	- ⁵⁶	+	+	-	-	-
Versorgungsleistungen u. ä.	+	-	-	-	-	-
Freibetrag BAföG	-	+	+	-		-
Elternunterhalt	(+)	+	+	-	-	-

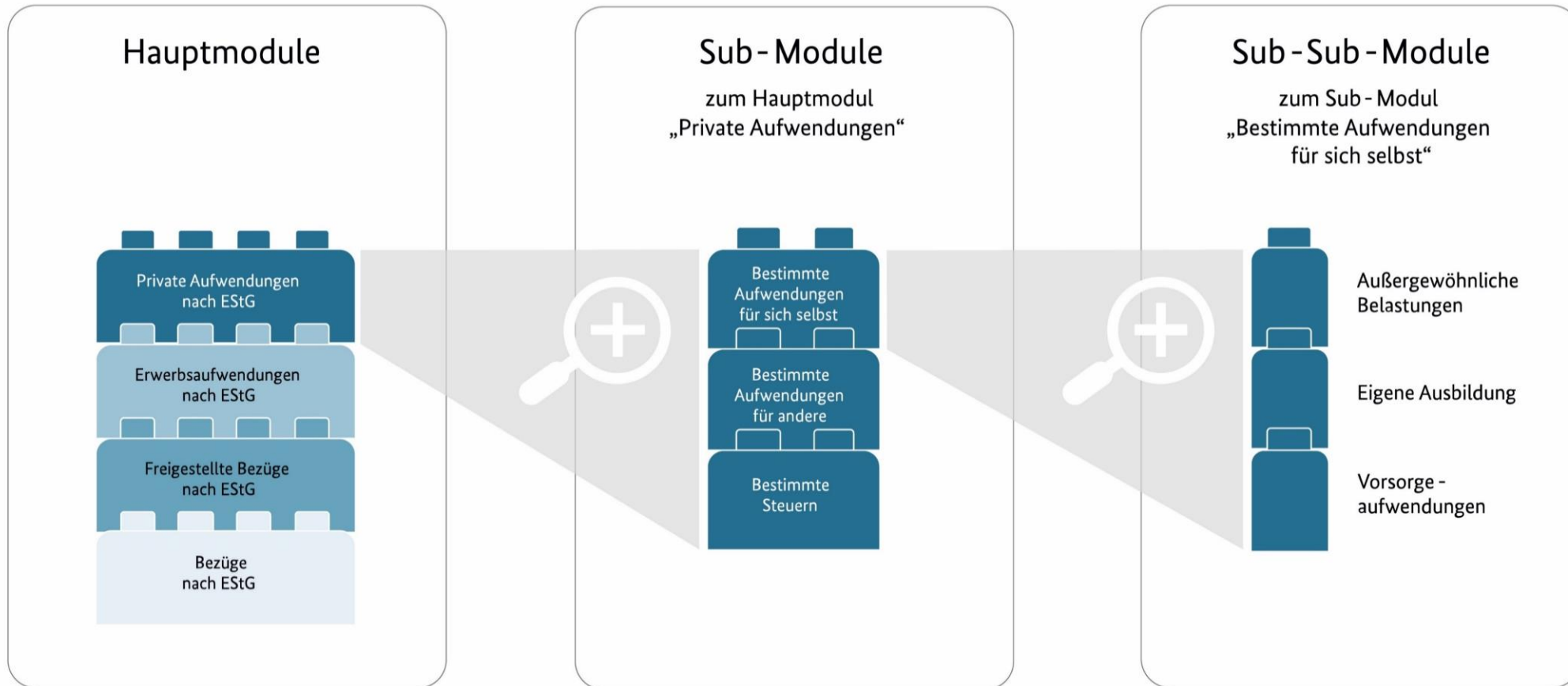


Zwischenfazit



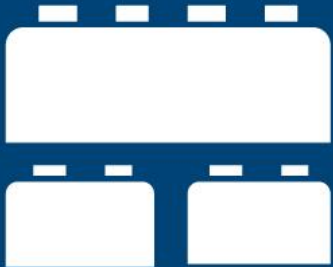
Rechtsbegriffe sind mehrfach belegt oder werden je nach Kontext unterschiedlich verstanden und verwendet. Selbst bei einer identischen gesetzlichen Definition ergeben sich bei der Anwendung in verschiedenen Rechtsgebieten teils erhebliche Unterschiede.

Modularer Einkommensbegriff am Beispiel des EStG



Modularisierter Rechtsbegriff

ERKENNTNIS



Modularisierter Rechtsbegriff

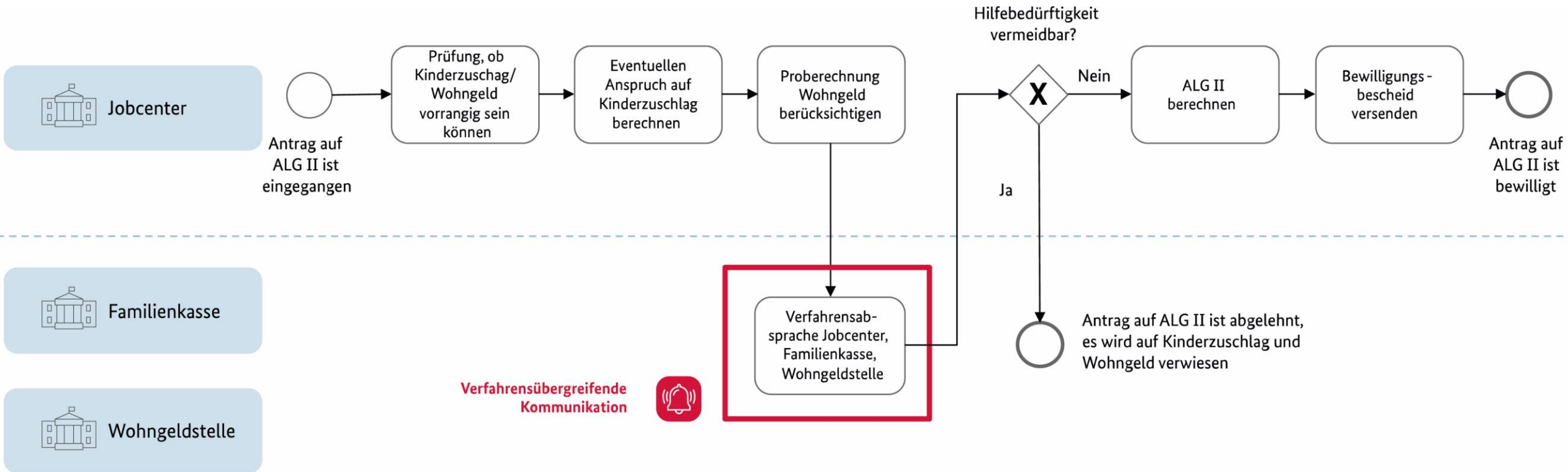
Ein modularisierter Rechtsbegriff lässt sich so in seine Bestandteile zerlegen, dass unterschiedliche Rechtsgebiete auf diese Bestandteile übergreifend Bezug nehmen können. Dadurch ermöglicht ein modularisierter Rechtsbegriff eine teilrechtsgebietsübergreifende Bezugnahme untereinander und erweist sich für eine digitale Rechtsbegriffsvernetzung als besonders geeignet (digitaltauglich).

Herausforderung:

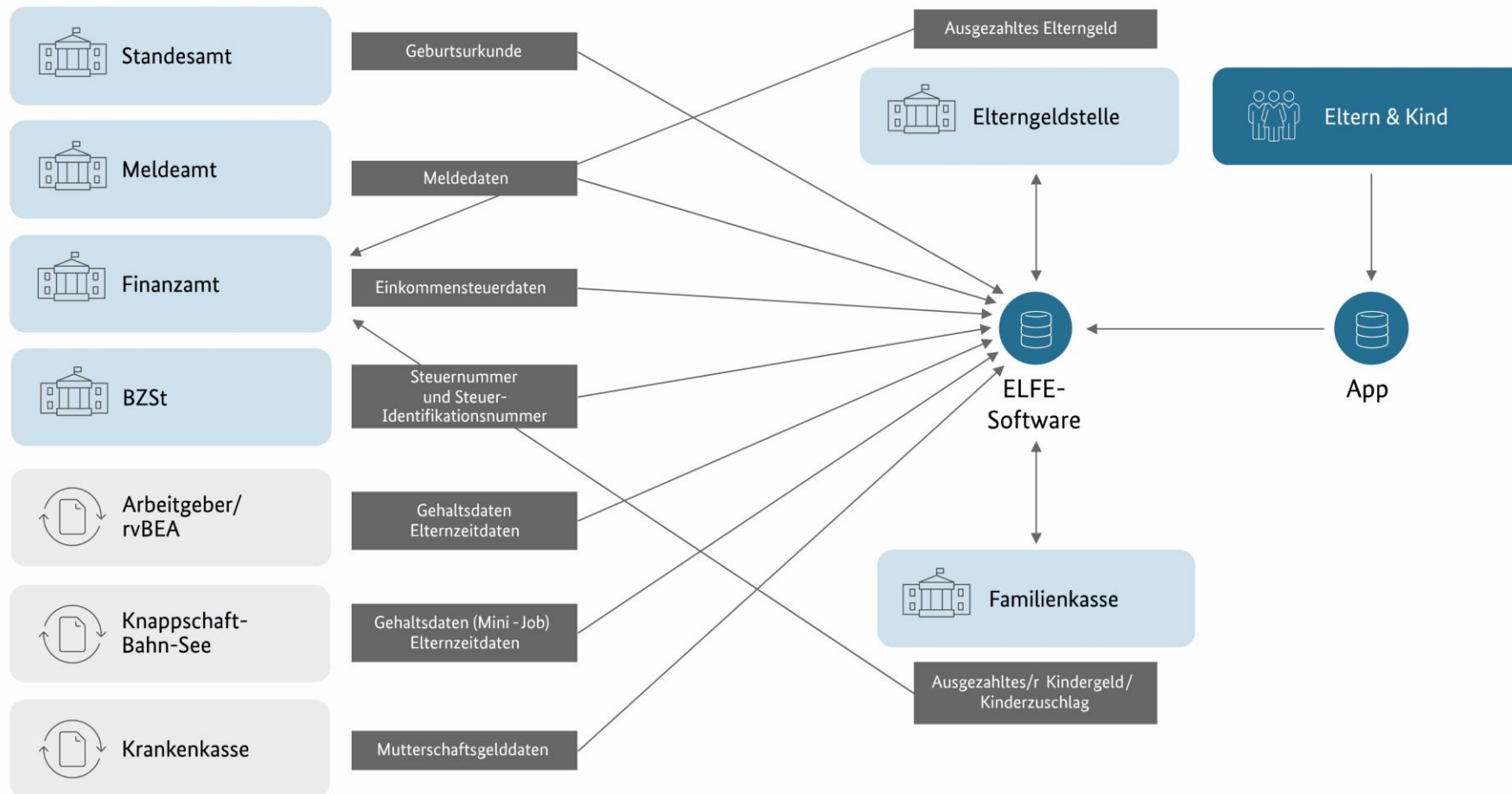
Inhaltliche Passgenauigkeit der Daten



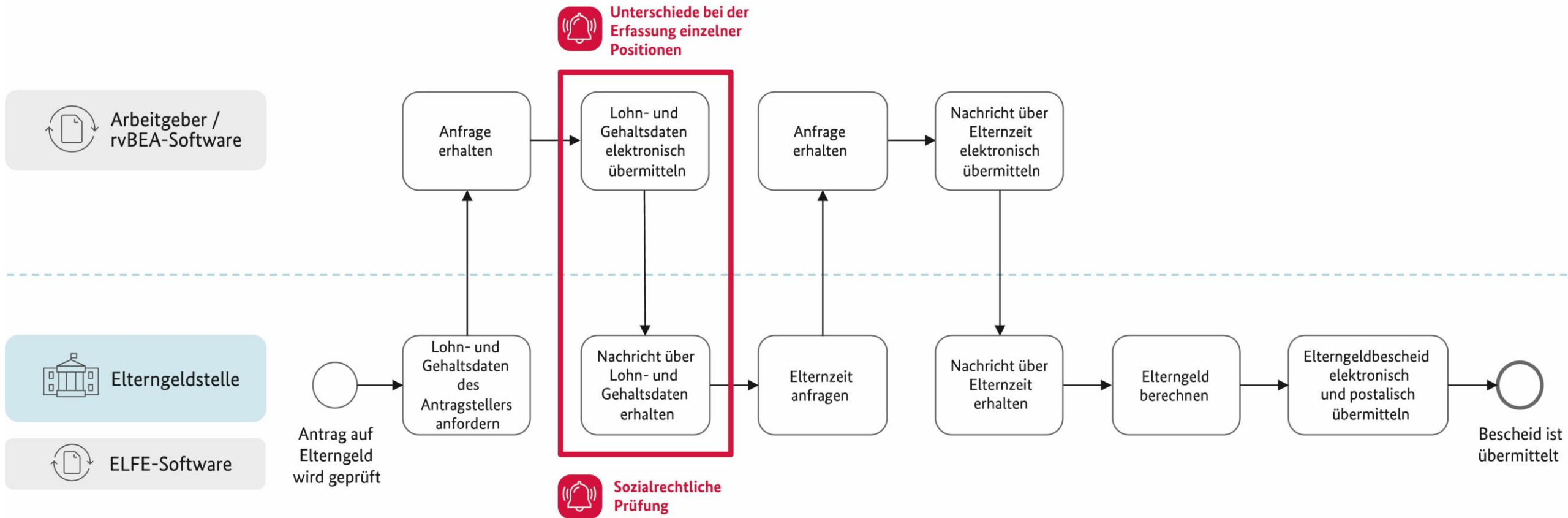
Prüfprozess im Jobcenter beim Eingang eines Antrags auf ALG II



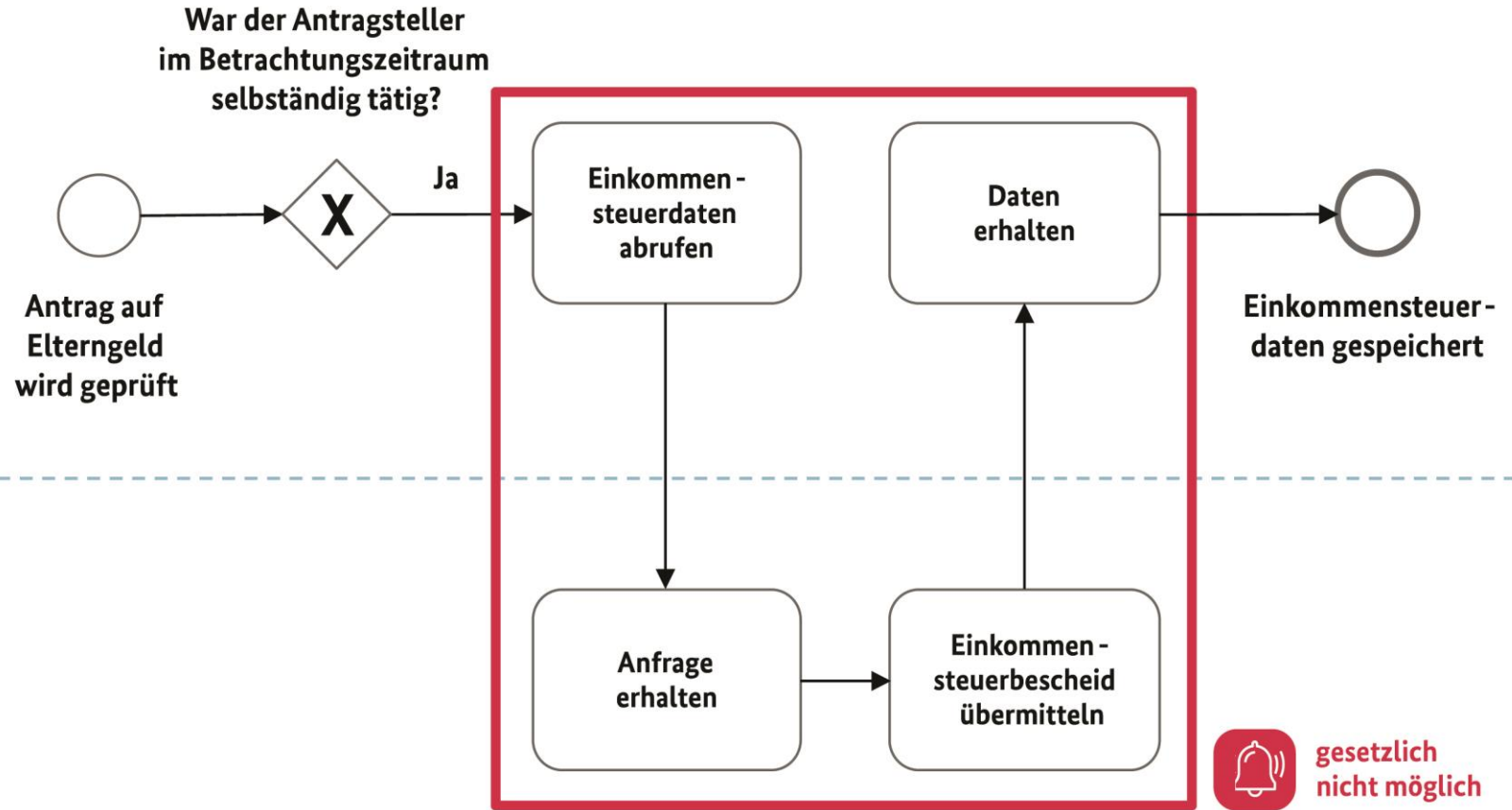
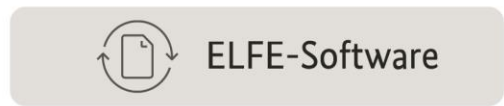
Datenströme im ELFE-Soll-Prozess



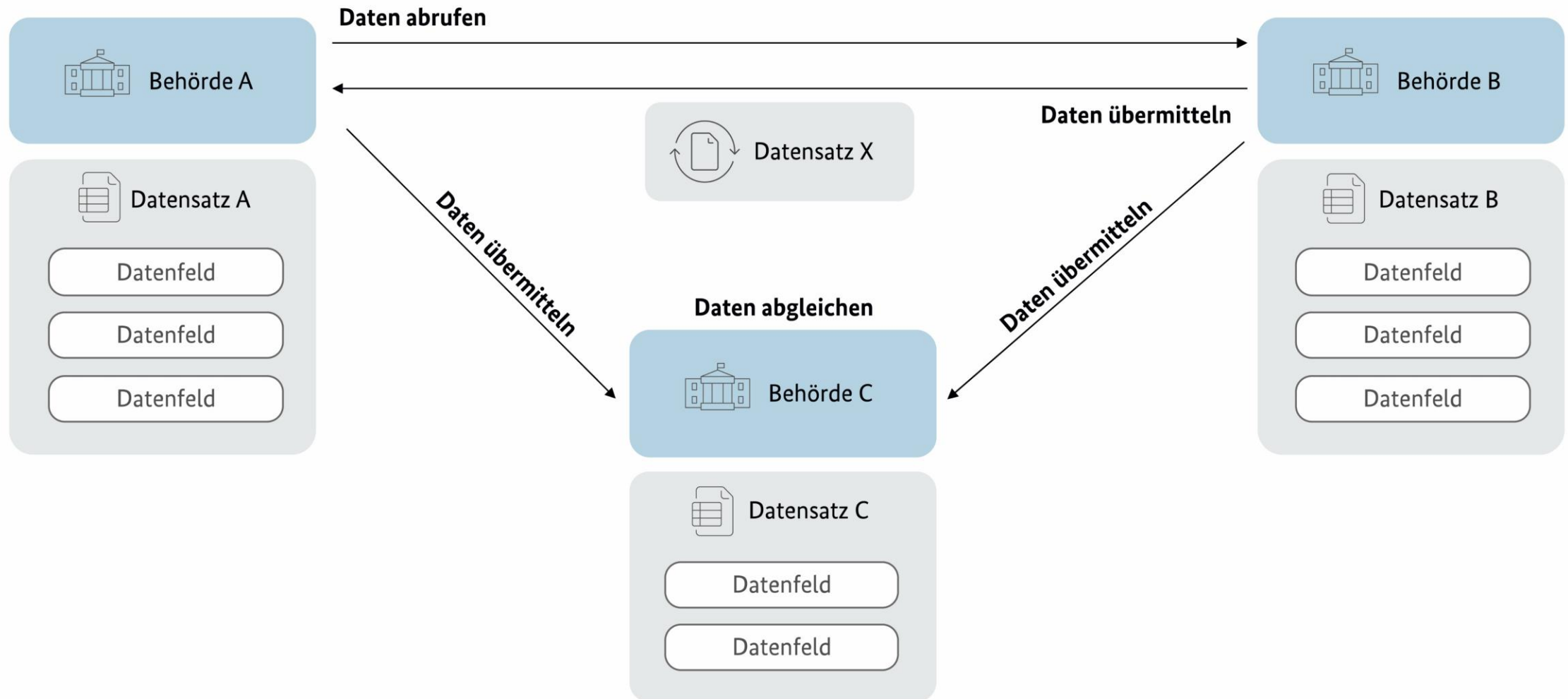
Lohndaten beim Arbeitgeber/rvBEA im ELFE-Soll-Prozess



Abruf von Einkommensteuerdaten eines Selbständigen im ELFE-Soll-Prozess



Datenaustauschverfahren zwischen dezentralen Registern und Fachverfahren



Verflechtungen zwischen Verwaltungsleistungen

Zwischenfazit



Es bestehen **Verflechtungen zwischen Verwaltungsleistungen.**

Für die administrierenden Behörden ist es aufwendig, wenn bei diesen Verflechtungen nur ähnliche Rechtsbegriffe verwandt werden, da sie die genaue Abgrenzung und die Unterschiede der Rechtsbegriffe auch hinsichtlich der Nachweise abbilden müssen. Dies erhöht den Bürokratieaufwand, die Passgenauigkeit sinkt und die Anwendung des vorhandenen Regelungsbestandes wird fehleranfälliger.

Verfahrensübergreifende Betrachtung - Datenschnittstellen

Empfehlung



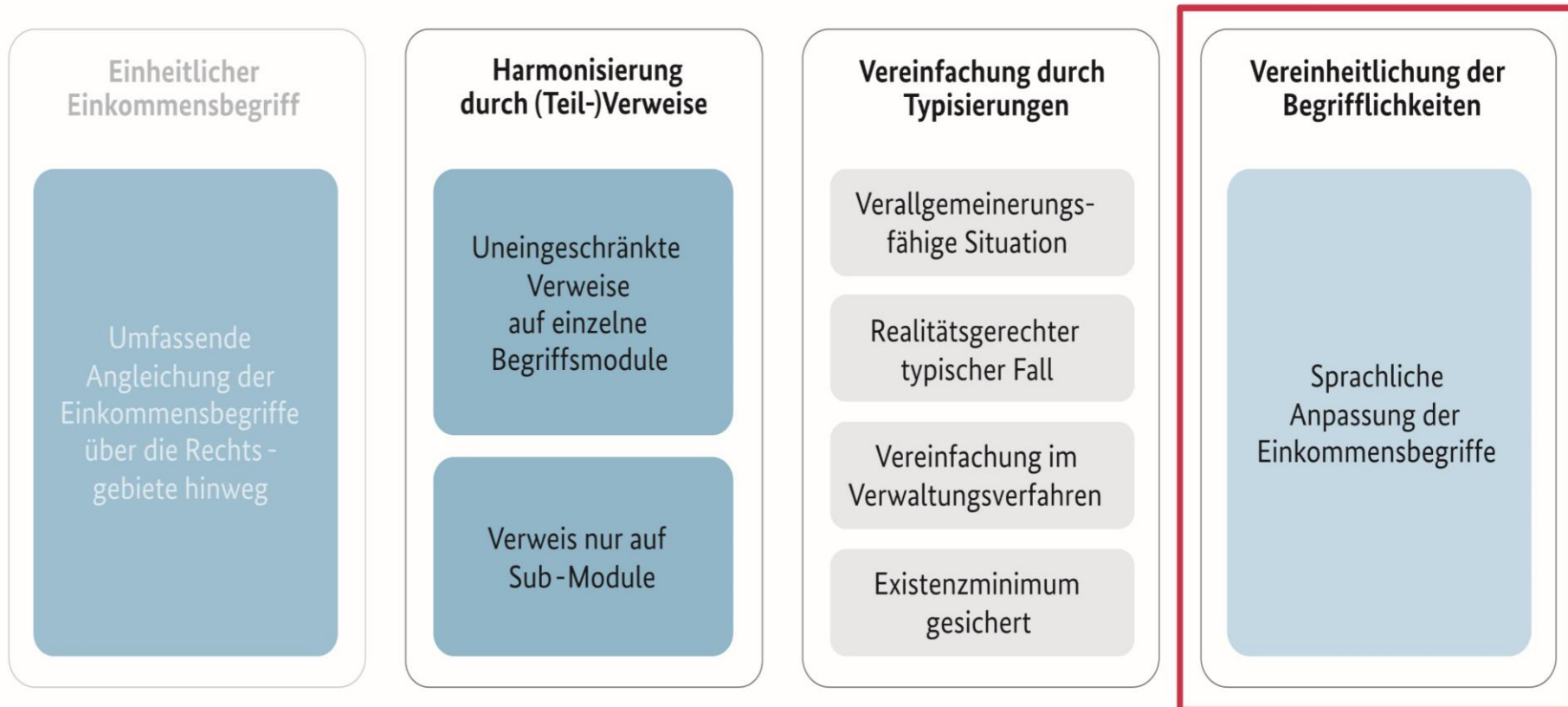
Um **Datenschnittstellen** zwischen unterschiedlichen Behörden nachhaltig zu etablieren und das „Once-Only“-Prinzip umzusetzen, ist eine **behörden- und verfahrensübergreifende Betrachtung** im Rahmen der Verwaltungsdigitalisierung unerlässlich.

Lösung:

Das Baukastensystem



Sprachliche Anpassung



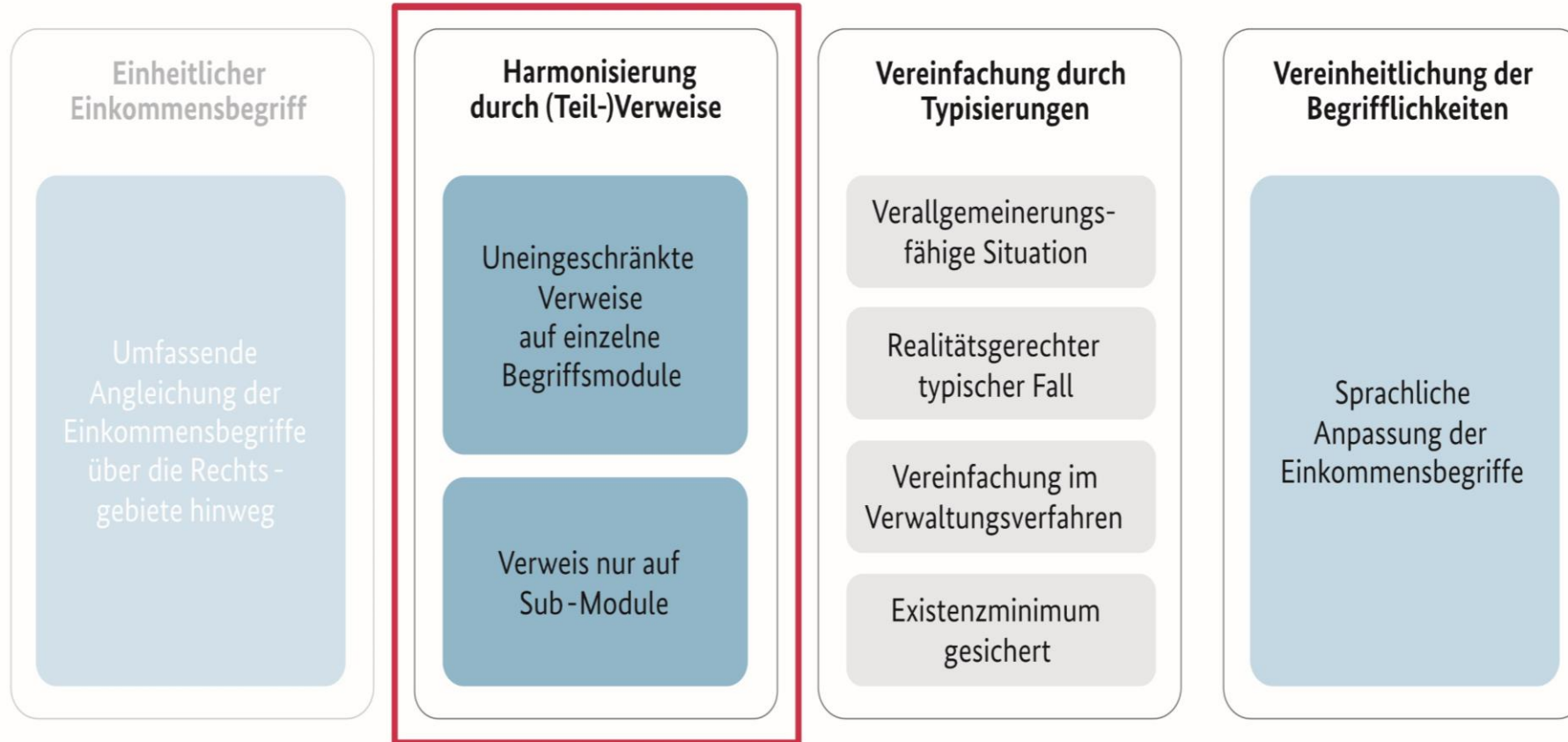
Vereinheitlichung der Begrifflichkeiten – Sprachliche Anpassung

Empfehlungen



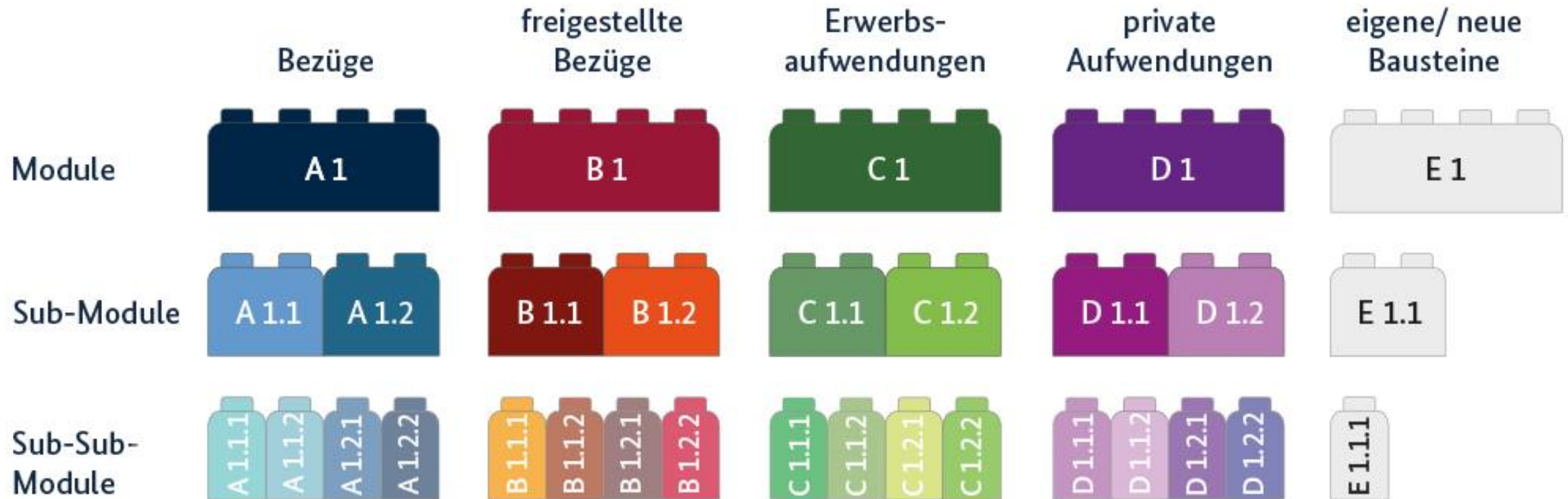
- Rechtsgebiets-, rechtsbereichs- und damit auch verfahrensübergreifend muss gelten: **Gleiches ist gleich und Ungleiches ist ungleich zu bezeichnen.**
- Wir brauchen ein Rechtsbegriffs-Gesetz.

Harmonisierung durch (Teil-)Verweise



Der Bausteinkasten für Rechtsbegriffe

Bausteinkasten für Rechtsbegriffe



Eigene Darstellung

Baukastensystem (Individualität bei größtmöglicher Standardisierung)

Empfehlung

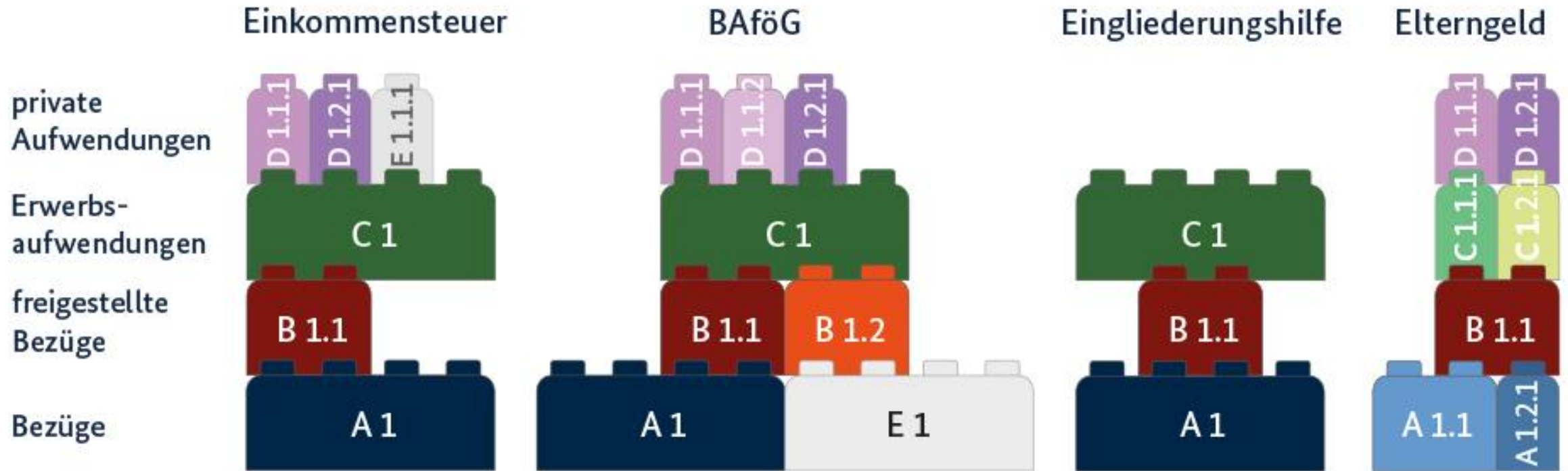


Durch das **Baukastensystem** lassen sich Begriffe oder deren **einzelne Bestandteile für den verfahrensübergreifenden Datenaustausch wiederverwenden.**

Dies gewährleistet einerseits die Individualität der rechtsgebietenbedingten Rechtsbegriffe und andererseits größtmögliche Standardisierung der Inhalte der Datenfelder für den verfahrensübergreifenden Datenaustausch. Dies führt zu Erleichterungen beim Bürger und in den Behörden, da die Behörden Daten zu den (Sub-)Modulen untereinander austauschen können. Folglich müsste nur eine einzige Behörde als Primärdatenhalter fungieren; alle anderen Behörden könnten Datennachnutzer sein.

„Rechtsbegriffs-Türme“

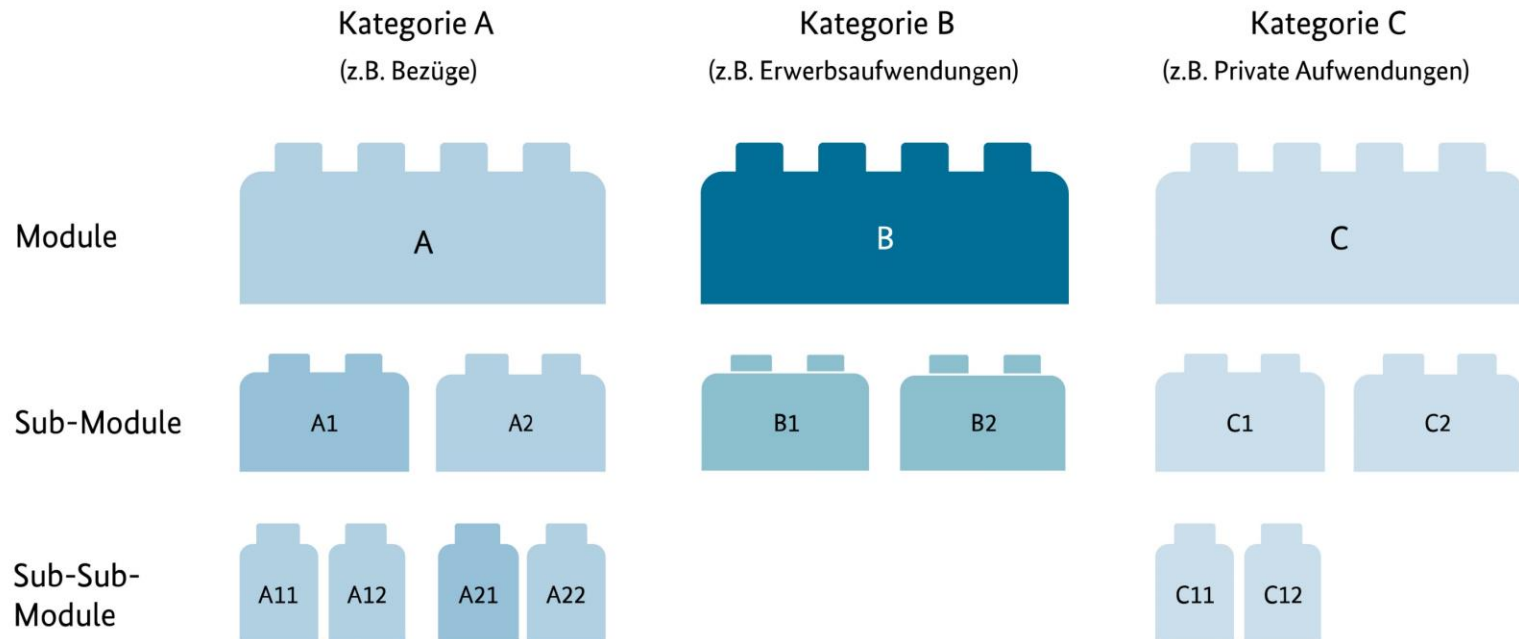
Rechtsbegriffs-Türme



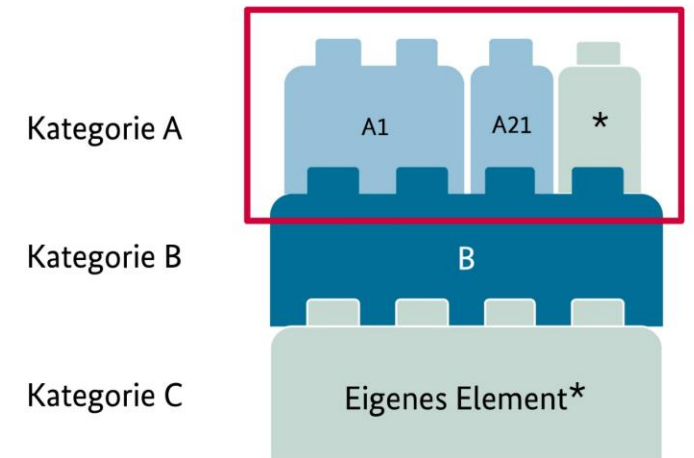
Eigene Darstellung

Bausteinsystem – Funktionsweise von Verweisen auf (Sub-)Module

Konstitutiver Einkommensbegriff

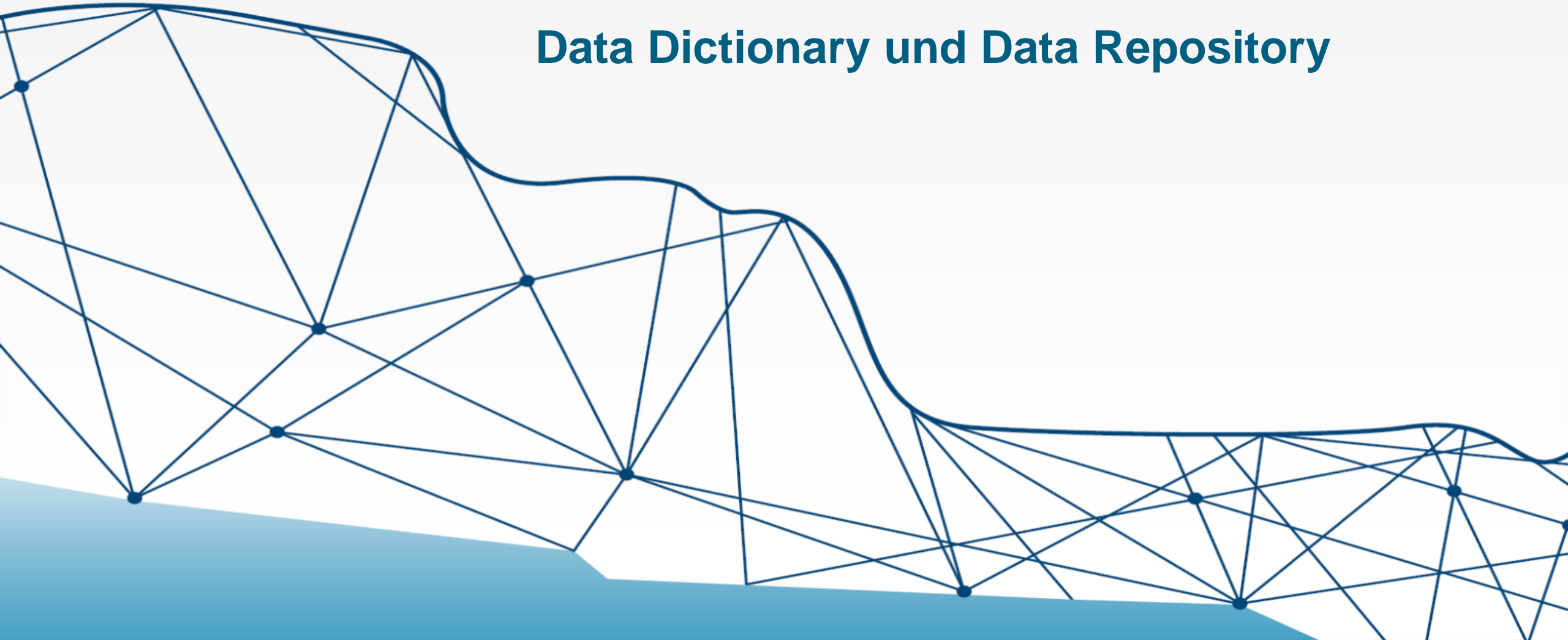


Verweis nur auf Sub-Module



Instrumente:

Data Dictionary und Data Repository

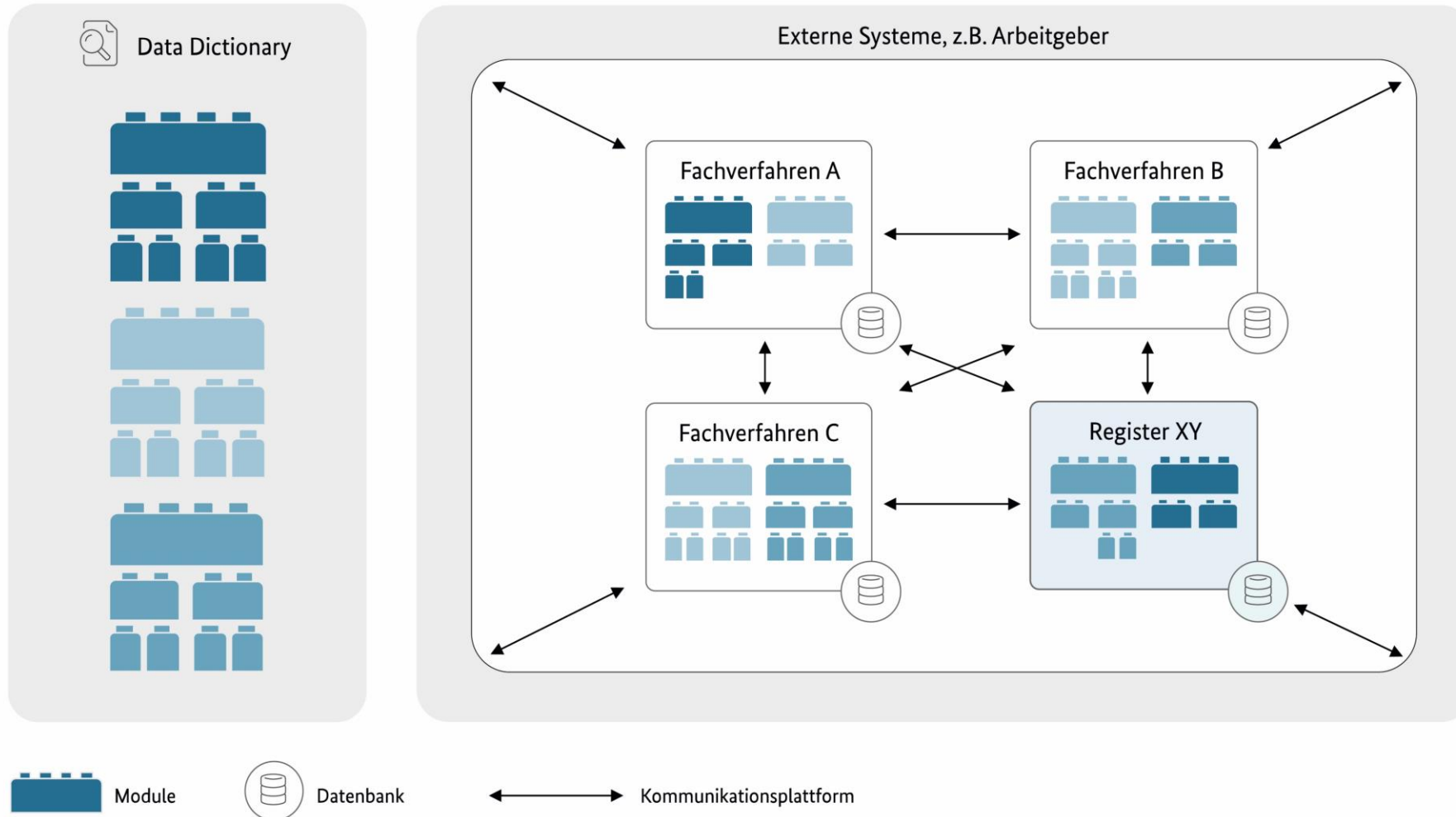


Data Dictionary

Ein Data Dictionary ist ein **Glossar für Begriffe und Daten.**

In ihm werden neben den Bedeutungs- und Begriffsdefinitionen der Rechtsbegriffe (Datenmodelle auf Basis der Begriffsmodule) auch Zuständigkeiten und Datenquellen definiert.

Verfahrensübergreifender Datenaustausch



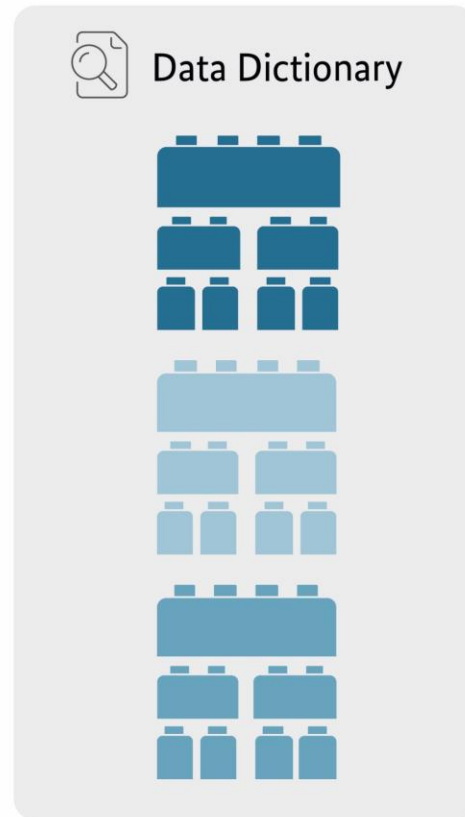
Data Repository

Das Data Repository richtet sich an die Vollzugsbehörden und **übersetzt die Begriffsdefinitionen in Datenfelder.**

Hierzu wird auch die technische Datenstruktur eines Begriffsmoduls definiert (Codelisten, Feldtypen, Datenfeldgruppen, Datenfelder etc.). Diese Informationen werden zur Erstellung von Formularen und Fachverfahren genutzt.

Data Dictionary und Data Repository

Gesetzgebungsebene



Bedeutungs- und Begriffsdefinitionen
(Modularisierung von Rechtsbegriffen)



Vollzugsebene



Bedeutungs- und Begriffsdefinitionen
+ Definition von technischen Datenstrukturen

Verknüpfung mit bestehenden Verfahren und vorhandenen Projekten

Verwaltungsdaten-
Informationsplattform

„Optimiertes Meldeverfahren in
der sozialen Sicherung“ (OMS)

Registerlandkarte

rvBEA

Data Dictionary

Data Repository

Einfach Leistungen für Eltern

XÖV-Standards

Digitaltauglichkeitsprüfung

Prozessanalysen

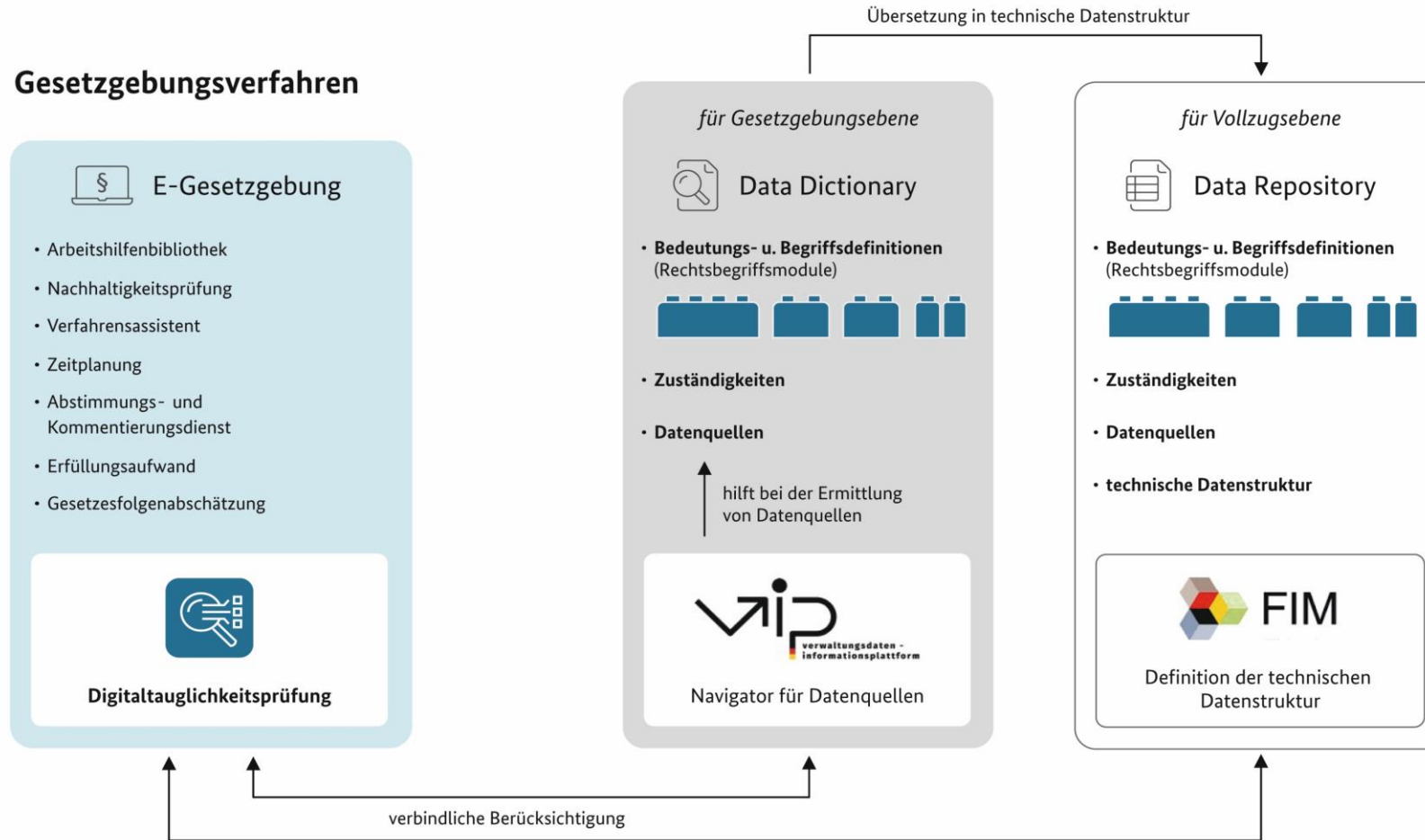
E-Gesetzgebung

Digitalisierungslabore

Prozess- und Datenfeld-Repositoryen
des Föderalen Informationsmanagements (FIM)

Verfahrensablaufschemata

Digitaltauglichkeitsprüfung mit Data Dictionary und Data Repository



Nationaler Normenkontrollrat Willy-Brandt-Straße 1 10557 Berlin

www.normenkontrollrat.de

nkr@bk.bund.de

@NKR_Bund